
Michael Opielka: Alternativen zum Sozialstaat

Michael Opielka, geb. 1956, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der GRÜNEN IM BUNDESTAG.

Daß staatliche Sozialpolitik als „Dritte Gewalt“ zwischen dem einzelnen und einem profitorientierten Markt die weitgehend zerstörten, alten Lebenszusammenhänge ausgleichen muß, ist seit Bismarck zwar common sense zwischen Arbeiterbewegung und konservativem Block. Doch über das *Wie* gibt es Differenzen. Angesichts der absehbaren Tendenzen - einer (weltweiten) „Hausfrauisierung der Arbeit“ (Claudia von Werlhof), d. h. einer Verlagerung bislang geschützter Tätigkeiten in einen ungeschützten und unbezahlten Sektor; einer zunehmenden Zahl von Menschen, die aus dem Industriekernbereich herausfallen und sozialstaatlich unterhalten werden müssen; einer damit drohenden „Spaltung der Gesellschaft“, gleichsam einer „Amerikanisierung“ der sozialen Beziehungen mit Slums auf der einen und Luxuskonsum auf der anderen Seite - ist es schon ein gewisser Unterschied, ob ordoliberalere oder sozialdemokratische Sozialpolitik gemacht wird.

Ich vermute allerdings, daß es trotz der nicht unberechtigten Horrorvisionen in der Bundesrepublik so extrem nicht kommen wird. Ich sehe eher eine große Koalition der „Durchwurschtler“, zwischen „Wachstum über alles“ und

„sozial gesteuerter Innovation" (Peter Glotz). Gemeinsam ist ihnen jedoch der Hintergedanke: Die BRD muß im Export „Spitze" (Lothar Späth) bleiben. Wir gegen die Amis und die Japaner. Am Anfang der nächsten „langen Welle" der Wirtschaftsgeschichte soll die BRD einen guten Startplatz haben. Weltmarktdominanz aber auch -abhängigkeit als einigendes Band zwischen Kapital und Arbeit, CDU und SPD, Peitsche und Zuckerbrot, Hetze gegen emanzipationswillige Frauen und Selbsthilfeförderung, Sozialhilfekürzung und Erhöhung der Familienförderungen. Ich denke also, daß es ziemlich „normal" weitergehen wird. Doch auch das „Normale" kann man sehr unterschiedlich wahrnehmen.

Es ist das Verdienst der neuen sozialen Bewegungen nachgewiesen zu haben, daß die Schattenseite der „Normalität" ein ungeheures Maß an materieller und immaterieller Armut im Wohlfahrtsstaat ausmacht. Sie legten die Finger in die Wunden des deutschen Wirtschaftswunders. Soweit sie als Grüne oder Alternative parlamentarisch repräsentiert sind, sprechen sie laut aus, was bislang in Enquete-Berichten, wissenschaftlichen Studien, auf den Vorweihnachtszeitungsseiten und bei den Lobbylosen der Gesellschaft begraben lag: die Armut im Alter, das Elend der Behinderten und psychisch Kranken, die Fremdbestimmung im gesamten Sozial- und Gesundheitssystem...

Was die grüne Partei betrifft, so sei noch eine Vorbemerkung erlaubt: In ihr haben sich recht verschiedene kulturelle und politische Strömungen mit z. T. widersprüchlichen Krisenanalysen und strategischen Perspektiven versammelt.¹ Zudem ist ein sozial- und wirtschaftspolitisches Parteikonzept mit dem Sindelfinger Programm „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" (Januar 1983) erst ansatzweise vorhanden und wird derzeit intensiv weiterdiskutiert. Insoweit sind die folgenden Ausführungen nur bedingt repräsentativ - auch wenn sich dies künftig leicht ändern kann.²

Sozialstaatskritik: Die ökosoziale Frage

Die weltweite Massenarbeitslosigkeit belegt das weitgehende Scheitern der (sozial-)staatlichen Regulierung des Kapital-Arbeit-Widerspruchs. Die keynesianischen Vollbeschäftigungspolitiken der Sozialdemokratie waren nicht erfolgreich. Dasselbe gilt für die monetaristischen Durchbrecherstrategien (USA, England). Das von Beobachtern diagnostizierte Ende einer „langen Welle" und die durch technologische Revolution, Ressourcenverknappung und Weltmarktverengung anstehende Neustrukturierung der nationalen und internationalen Arbeitsteilung werden von Arbeitslosigkeit begleitet bleiben.

¹ Vgl. „Grüne Politik - Eine Standortbestimmung", Frankfurt (Fischer) 1984

² Vgl. auch Opielka, M./Schmollinger, M./Fohmann-Ritter, A., (Hrsg.) Die Zukunft des Sozialstaats, Bd. I, Stuttgart 1984 (3. Aufl.); Opielka, M. (Hrsg.), Die ökosoziale Frage, Frankfurt 1984 (i. E.)

Die Massenarbeitslosigkeit demonstriert darüber hinaus aber auch die Unmöglichkeit, Einkommen durch Erwerbsarbeit (88 Prozent der BRD-Erwerbstätigen waren 1983 lohnabhängig) gerechter zu verteilen. Der Sozialstaat wurde historisch um die Erwerbsarbeit herum konstruiert (in den skandinavischen und angelsächsischen Sozialstaaten übrigens weit weniger, dort dominieren „universalistische“ d. h. nur an das „Mensch-Sein“ gekoppelte Leistungen). Hierzulande hatte er immer die Funktion, Zeiten des *Nicht-Erwerbstätigkeits-Zwanges* (Alter, Behinderung, Krankheit, Kindheit) sowie *kurzfristige* Arbeitslosigkeit versicherungsförmig abzufedern. Bei Dauer- und Massenarbeitslosigkeit gerät das ganze System in Schräglage und läßt die von ihm abhängigen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger durch demütigende Prozeduren seine Fehlkonstruktion büßen. Es liegt auch an dieser Erwerbsarbeitszentrierung des Sozialstaats, daß die Frauen, die auf einem geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt sowieso benachteiligt sind, sozialpolitisch nochmals diskriminiert werden (z. B. im Rentenrecht). Daß das Verhältnis von Arbeit und Einkommen und damit die Struktur und die Funktion des Arbeitsmarktes grundsätzlicher Umorientierung bedürfen, tritt zunehmend in das Bewußsein der Öffentlichkeit³.

Mittlerweile kommen jedoch im politischen Feld und in der Wissenschaft Zweifel auf, ob es nur um die Verteilung des bereits Produzierten gehen könne. Gerade die Ökologie- und die Frauenbewegung erheben dagegen seit langem Einwände. Sie stellen (an Marxismus und Arbeiterbewegung) die Frage, ob sich alle Herrschaftsbeziehungen immer auf die Dichotomie Kapital-Arbeit reduzieren ließen und alles andere nur „Nebenwidersprüche“ seien. Immer mehr Menschen bezweifeln, daß allein eine andere Verteilungspolitik die gewaltigen ökologischen und sozialen Probleme, die Benachteiligung der Frauen und die Ausbeutung der „Dritten Welt“ wirksam angehen könne.

Die *ökologische Kritik am Industrialismus*, an der schrankenlosen Ausbeutung der äußeren Natur - der Umwelt - und der inneren Natur - des Körpers und der Seele der Menschen -, stellt die Organisation der gesamten Produktion und Reproduktion *qualitativ* in Frage. Ist die (Erwerbs-)Arbeit, von deren Verteilung angesichts des drückenden Problems der Massenarbeitslosigkeit geredet wird, zu großen Teilen nicht Arbeit, die unter ökologischen Gesichtspunkten abgeschafft werden - und an anderen Ecken (von Energiesparmaßnahmen bis zur biologischen Landwirtschaft) vielleicht aufgebaut werden müßte? Ist das Konsumniveau der BRD nicht bis in untere Mittelschichten hinein ein Schlag in das Gesicht der Hungernden und Ausgebeuteten der „Dritten Welt“?

³ Vgl. Offe, Claus, Prospektiven auf die Zukunft des Arbeitsmarktes, in: Merkur, 5, 1983, S. 489-503

Die *feministische Kritik* greift die Herrschaft der Männer über die Frauen, das Patriarchat, als grundlegendste Herrschaftsstruktur an, die den Industrialismus durch die sexistische Arbeitsteilung in Haus-/Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit erst ermöglichte⁴. Sie fragt, ob der Riß durch die Menschheit in bezahlte und unbezahlte Arbeitende, in öffentlich und im Schatten Tätige, der immer noch zwischen den männlichen und weiblichen Menschheitshälften verläuft, und der sich in den geschlechtsspezifischen, Frauen diskriminierenden Arbeitsmarkt verlängert, nicht eine radikale Aufforderung zu einer Neubestimmung unseres Arbeitsverständnisses sein müßte.

Unter dieser umfassenderen Perspektive erschließt sich der Zugang zur Sozialstaats-Problematik auf neue Weise. So ist beispielsweise die allgemein beklagte Ineffizienz sozialer Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheitswesen, nicht nur ein Problem spezifischer Organisationsformen, sondern sie spiegelt die Grundstruktur des Industrialismus: Probleme werden produziert, man versucht sie durch reparierende Institutionen zu *kompensieren* und schafft dabei wieder neue, meist größere Probleme. Die industrielle, urbanisierte Lebenswelt produziert „Zivilisationskrankheiten“, zerreißt Familien- und andere Sozialstrukturen, isoliert alte Menschen und reduziert den privaten Haushalt auf eine Fertigpackungs-Aufreißinstanz. Um die damit zwangsläufig entstehenden Schäden und Nöte auszugleichen, braucht es den Sozialstaat. Es ist eindeutig, daß die „sozialen Kosten“ des Industriesystems mittlerweile bei weitem seinen Gewinn überwuchern⁵. Jede Sozialstaatskritik und jeder Lösungsversuch der sich nicht der Komplexität der heutigen Problemlage stellt muß deshalb verkürzt bleiben: Ohne eine ökologische Wende der gesamten Politik dürfte Sozialpolitik auch künftig aus ihrer Ausputzerrolle nicht herausfinden.

Um den systematischen Zusammenhang der sozialen und der ökologischen Problematik am Ausgang des 20. Jahrhunderts auf einen Hilfsbegriff zu bringen, benutze ich anstelle des Begriffs der „sozialen Frage“ den der „ökosozialen Frage“.

Grüne Alternativen

Gemeinsam ist grün-alternativer Sozialpolitik die *Etatismuskritik* und die *Sensibilität und Parteilichkeit gegenüber sozialen Minderheiten und benachteiligten Gruppen*. Im Zusammenhang mit den allgemeineren politischen Zielen „Dezentralisierung“ und „Basisdemokratie“ läßt sich als ein grünes Sozial-

4 Kickbusch, I./Riedmütler, B.. Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik. Frankfurt 1984

5 Leipert, Chr., Ökologische und soziale Folgekosten der Produktion . IIUG pre 84-4. Wissenschaftszentrum Berlin 1984

Essential die Forderung nach „*solidarischer Subsidiarität*“ erkennen: Einerseits wird, in der Tradition der frühbürgerlichen und frühsozialistischen Sozialutopien, *solidarische Selbsthilfe und Selbstorganisation* praktiziert und gefordert; andererseits wird vom Staat (Bund, Länder, Kommunen) sowohl eine *Rücknahme seiner kontrollierenden, polizeilichen Funktion* als auch die *Bereitstellung sozialer Garantien und Infrastrukturen* (Einkommen, gezielte Förderungen) gefordert.

Die Rolle des Staates sollte nach grünen Vorstellungen also neu definiert werden: *An die Stelle der Zuteilung soll die Bereitstellung treten* (z. B. Vereinheitlichung des Finanzschungels im Sozial- und Gesundheitssystem, Öffnung traditioneller Förderungen für alternative Ansätze, ambulante und selbstbestimmte Pflege- und Gesundheitsdienste usf.). Der eigenständige Beitrag einer grünen Sozialpolitik dürfte allerdings nur zum Teil aus dem eher formalen, ordnungspolitischen Prinzip einer „solidarischen Subsidiarität“ bestehen. Der Grund liegt auf der Hand: Dieses Prinzip ist nur eine Binnenperspektive, die sicher für eine sinnvolle Binnenrationalisierung und Modernisierung des Sozialstaats nützlich ist. Dieses Prinzip bewegt sich aber noch *innerhalb* der real existierenden Sozialstaatlichkeit.

Über das ordnungspolitische Konzept der „solidarischen Subsidiarität“ hinaus sind die Konturen einer grünen Sozialpolitik noch unklar. Aus zwei Ansatzpunkten ließe sich allerdings eine „ökologische“ Sozialpolitik entwickeln:

- einer *ökologischen Neugestaltung der Arbeit* und einer *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen* sowie
- einer *neuen Balance zwischen sozialen Beziehungen und Emanzipation*.

a) Arbeit und Einkommen

Eine ökologische Konzeption von Arbeit ist ausgesprochen anspruchsvoll und ihre Entwicklung befindet sich erst am Anfang. Folgende vier Haupt-Stoßrichtungen werden diskutiert:

1. Angelpunkt ist die *Aufhebung der sexistischen Arbeitsteilung* zwischen (männlicher) Erwerbsarbeit und (weiblicher) Haus-/Erziehungsarbeit. Gewiß ist kurzfristig die Teilnahmemöglichkeit von Frauen am Erwerbsleben nach Kräften zu erleichtern. Allerdings ändern, wie internationale Erfahrungen (z. B. in Schweden) belegen, kompensative sozialpolitische Programme an der grundsätzlichen Weigerung der Männer, die unbezahlte Subsistenzarbeit im Haushalt zu übernehmen, so gut wie nichts. Die Aufhebung der sexistischen Arbeitsteilung erforderte mehr: bewußte, „neue Männer“, die sich in den alten

Geschlechterrollen nicht mehr wohl fühlen, und bewußte Frauen, die sich weigern, die reproduktiven Tätigkeiten der Männer mitzuübernehmen. Und sie erforderte als ökonomische Basis eine Verwirklichung von drei Zielen: Subsistenzförderung (Subsistenz = Selbstversorgung, „self-reliance“), Selbstverwaltung und Garantiertes Einkommen.

2. Deshalb (und auch, um die Abhängigkeit von Welt- und anderen zentralen Märkten zu verringern) ist eine *Strategie der Subsistenzförderung* notwendig. Das bedeutet die Unterstützung all solcher Ansätze, die die Versorgung mit materiellen und immateriellen Gütern dezentralisieren und damit Arbeitsteilung, Entfremdung, Transportwege und Ressourcenvergeudung, Regelungsbedarfe und Herrschaftsverhältnisse verringern. Hierzu gehören auch Überlegungen zur Konversion ökologisch schädlicher Industrien (z. B. Chemie, Autobranche), wie sie in manchen Betrieben seitens der Belegschaften bereits angestellt werden, sowie neue Konzepte in der Agrarpolitik (biologischer Landbau usw.). Eine Verringerung der Industriegüter-Produktion auf etwa 40 Prozent des derzeitigen Warenausstoßes scheint bei einer konsequenten Subsistenzförderungspolitik denkbar.

3. Im Hinblick auf Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse hat das *Prinzip der Selbstverwaltung* absolute Priorität. Dahinter steckt die Überzeugung, daß Lohnarbeit als normale Existenzweise positiv lediglich die Freiheit auf dem Arbeitsmarkt vorzuweisen hat, was angesichts von Millionenarbeitslosigkeit ohne Überzeugungskraft ist. Das Prinzip Selbstverwaltung wird in verschiedener Weise zu verfechten sein:

- Selbstverwaltete Betriebsformen, seien es Übernahmebetriebe oder Neugründungen mittlerer und kleiner Genossenschaften oder genossenschaftsähnlicher Unternehmungen, müssen massiv gefördert werden. Soll Selbstverwaltung wirklich als Strukturprinzip der Ökonomie etabliert werden, hat die Bundesrepublik - selbst im Vergleich zu kapitalistischen Nachbarn wie Frankreich oder Italien - erheblich aufzuholen. Ein „förderliches Milieu“⁶ für selbstverwaltete Betriebe im Produktions- und Dienstleistungssektor existiert hierzulande nicht.
- Freiräume und Sicherheiten *innerhalb* der Lohnarbeit, solange sie noch existiert, sind zu erweitern. Der von den Grünen insgesamt unterstützte gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche besitzt - trotz seines vorläufigen Scheiterns - für die Durchsetzungsmöglichkeiten alternativer Politik strategische Bedeutung. Darüber weit hinausweisend werden bei den Grünen derzeit Überlegungen etwa zu einer Reform der „Arbeitszeitordnung“ (AZO) angestellt. Es wird dabei insbesondere an eine, sozial- und arbeitsrechtlich abgesi-

⁶ Gessner, V./Höland, A.. Rechtliche Strukturen einer selbstverwalteten Wirtschaft. Eine Projektskizze. ZERP DP 9/83, Bremen 1983

cherte, die Wahlmöglichkeiten der Arbeitnehmer/innen erweiternde Selbstflexibilisierung der Arbeitszeit gedacht.

4. Das für den Sozialstaat wohl relevanteste Prinzip ist die *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen*. Die technologische Entwicklung, die eine Finanzierung des Sozialstaats auf der Grundlage von erwerbsbezogenen Versicherungsbeiträgen immer prekärer werden läßt und die es immer schwieriger macht, den Anteil der individuellen Arbeit an der gesellschaftlichen Wertschöpfung zu bemessen, befördert derzeit die politische Diskussion um alternative Strategien der Erhebung von Sozialabgaben und der Einkommensverteilung. Zum ersten gibt es, noch rudimentäre, Vorstellungen über die Erhöhung der Staatseinnahmen u. a. mittels Wertschöpfungssteuern. Im Hinblick auf alternative Einkommensstrategien gehen die interessantesten Überlegungen m. E. in Richtung eines „garantierten Mindesteinkommens“ für jede/n⁷. Einen Einstieg in die Abkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen bietet dabei die Forderung der Grünen nach einer über Steuern zu finanzierenden Grundrente in Höhe von 1000 bis 1200 DM. Über kurz- und mittelfristige Reformen hinaus, wie über die erwähnte Grundrente, eine Entdiskriminierung und Anhebung der Sozialhilfe, bedarfsgerechte Kindergelder oder eine „negative Einkommenssteuer“, wäre ein völlig arbeitsunabhängiges und nur bedarfsorientiertes (Grund-)Einkommensanrecht für jede/n Bürger/in anzustreben.

b) Bindung und Emanzipation

Als soziale Grundeinheit unserer Gesellschaft gilt die Familie. Ob die Menschen diese Organisation - vor allem so kleinfamilial (Mann, Frau, Kind), wie sie heute aussieht - bewußt wählen, ist ungewiß. Jedenfalls fällt ihnen meist nichts anderes ein. Daß die Familie überhaupt ins Gerede gekommen ist, verdankt sie der Frauenbewegung. Belege für ihren hohen Preis - Gewalt, Domestizierung der Frau, Isolation der Kinder- zu sammeln, war nicht schwer. Das Problem ist der allzu hohe Anspruch an die Familien: Die in der industriellen Lebenswelt fehlende Kontinuität und Ganzheit soll hier hergestellt werden. Was früher Großfamilien und dem „ganzen Haus“ noch leidlich gelingen konnte, soll nun die (Haus-)Frau allein schaffen.

Es ist nicht einfach, Alternativen dazu zu finden. Sie sollten in drei Richtungen gesucht werden:

- In einer *Erweiterung des Familienbegriffs*. Familie - das kann auch die Wahlverwandtschaft sein, das „kleine Netz“ oder gar die kibbuzähnliche Kommune,

⁷ Schmid. T. (Hrsg.), Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen. Berlin 1984

die Haus- und Erziehungsarbeit kollektiviert - und damit dem sozialen Leben die Kontinuität gibt, die die pulsierende Liebe zwar verspricht, aber nicht garantieren kann.

- In einer *Weiterentwicklung individueller und gesellschaftlicher Formen gegenseitiger Hilfe*. Bei der Diskussion des Konzepts der „solidarischen Subsidiarität“ wurde diese Perspektive bereits angedeutet: Sie reicht von der Idee des „Sozialdienstes“ (Peter Gross), einem allgemeinen Zivildienst als gleichsam renaturalisierter Steuer, über eine bessere Vernetzung der verschiedenen Hilfeformen in der Kommune (SPD 1959: „Sozialgemeinde“) bis hin zu einer allgemeinen Selbsthilfeförderung, die durch selbstverwaltete Produktionsformen, „kleine Netze“ und ein „garantiertes Mindesteinkommen“ abgesichert wird.

- Soziale Hilfe, die sowohl Bindung wie Emanzipation fördern will, muß Teil einer neuen „*Normalisierungspolitik*“ sein. Die traditionellen Normalitäten müssen erweitert werden. Es geht nicht um „Integration“ von Behinderten, psychisch Kranken, Alten, Kindern, Jugendlichen, Ausländern usf. *in* normierte, industrie- und verwertungsgerechte Lebensweisen - sondern die gesamten Lebensverhältnisse müssen neugestaltet werden, um für jede/n Raum zu schaffen. Die Alternative zum Sozialstaat wäre also seine Vergesellschaftung: in eine Sozialgesellschaft!